

Kindergärten – Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 23 Abs. 1 GO-BV folgende

ANFRAGE

Die Stadt Wien verfolgt das Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern voranzutreiben und öffentliche Gebäude schrittweise auf erneuerbare Heizsysteme umzustellen. In Währing befinden sich aktuell 7 Standorte städtischer Kindergärten:

- Anastasius-Grün-Gasse 10
- Gersthofer Straße 125–127
- Klettenhofergasse 3
- Paulinengasse 9
- Pötzleinsdorfer Straße 230
- Staudgasse 78
- Waldeckgasse 5

Für jeden der genannten Standorte wird um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Wie hoch waren die Kosten für die Wärmeversorgung im Jahr 2024?
2. Wie hoch waren die Kosten für die Wärmeversorgung im Jahr 2025?
3. Welches Heizsystem ist am jeweiligen Standort derzeit in Betrieb?
4. Welche Kosten sind in den vergangenen fünf Jahren für die Erhaltung, Wartung, Sanierung oder Erneuerung des jeweiligen Heizsystems angefallen? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Maßnahme.
5. Falls der Standort derzeit mit fossilen Energieträgern beheizt, wird:
 - In welchem Jahr ist die Umstellung auf ein erneuerbares Heizsystem vorgesehen?
6. Liegt für den jeweiligen Standort eine Machbarkeitsstudie oder technische Prüfung zur Umstellung auf ein erneuerbares Heizsystem vor?
 - Falls ja:
 - Wann wurde diese erstellt?
 - Zu welchen wesentlichen Ergebnissen kommt diese?
 - Mit welchen Kosten ist für Umstellung zu rechnen?
 - Falls nein:
 - Ist die Erstellung einer Machbarkeitsstudie geplant?
 - Wenn ja, bis wann?

BEGRÜNDUNG

Die Stadt Wien verfolgt mit ihrem Klimafahrplan, dem Wiener Klimagesetz sowie zahlreichen Beschlüssen und Strategien das Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern konsequent voranzutreiben und bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Dabei kommt dem öffentlichen Sektor eine besondere Vorbildfunktion zu. Öffentliche Gebäude und Einrichtungen sollen bei der Umstellung auf erneuerbare Energieträger eine Vorreiterrolle einnehmen und einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leisten.

Auch der Wiener Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren mehrfach Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Energieversorgung, zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum Ausbau erneuerbarer Energieträger beschlossen. Vor diesem Hintergrund besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, in welchem Ausmaß diese Zielsetzungen bereits in den Kindergärten der Stadt Wien im Bezirk Währing umgesetzt werden.

Insbesondere interessiert, welche Heizsysteme derzeit an den einzelnen Standorten betrieben werden, welche Kosten für deren Betrieb und Erhaltung anfallen und welche konkreten Schritte zur Umstellung auf erneuerbare Energieträger geplant sind. Ebenso soll erhoben werden, ob bereits technische und wirtschaftliche Prüfungen für eine Umstellung durchgeführt wurden und welche Ergebnisse diese erbracht haben.

Die Transparenz über den Stand der Umsetzung städtischer Klima- und Energieziele in öffentlichen Bildungseinrichtungen ist eine wichtige Grundlage für die politische Kontrolle sowie für die Beurteilung, ob die von der Stadt Wien selbst gesetzten Ziele und Beschlüsse im öffentlichen Gebäudebestand konsequent verfolgt werden.

BVⁱⁿ-Stv Oliver Möllner, MA



An die
Bezirksvorsteherin des 18. Wiener Gemeindebezirks
Mag. Silvia Nossek
Martinstraße 100
1180 Wien

Wien, am 10.06.2026

Anfrage betreffend Kosten, Nutzen und Verkehrsauswirkungen des Klimateam-Projekts „Antoni & Hilde“

Im Rahmen des Wiener Klimateams 2023 wurde in Währing das Projekt „Antoni & Hilde“ an der Ecke Antonigasse/Hildebrandgasse entwickelt und im Mai 2026 mit einem eigenen Klimateam-Fest feierlich abgeschlossen. Auf einer Fläche von rund 260 Quadratmetern entstand ein sogenanntes „Grätzlwohnzimmer“ mit Sitzgelegenheiten, Hängematten, Trinkbrunnen, neu gepflanzten Bäumen, Sträuchern und einer Blumenwiese. Gleichzeitig wurde der betroffene Straßenabschnitt der Antonigasse – mit Ausnahme der Garagenzufahrten – für den motorisierten Individualverkehr gesperrt.

Während die Bezirksvorsteherin und der Klimastadtrat das Projekt medienwirksam als gelungenes Beispiel für Bürgerbeteiligung präsentieren, mehren sich aus der Anrainerschaft kritische Stimmen. Beanstandet werden insbesondere die Verlagerung des Durchzugsverkehrs in benachbarte Wohnstraßen, der Wegfall von Stellplätzen in einem ohnehin parkplatzkritischen Grätzl sowie der Umstand, dass die unmittelbare Nutznießerschaft eines derartigen „Grätzlwohnzimmers“ zwangsläufig auf wenige Häuserzeilen beschränkt bleibt, während die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden.

Hinzu kommt, dass die Auswahl der Klimateam-Projekte durch eine geloste Bürgerjury erfolgte, deren Entscheidungsfindung und Repräsentativität für die Anfragestellerin nicht transparent nachvollziehbar sind. Angesichts der angespannten Budgetlage des Bezirks sowie der grundsätzlichen Verpflichtung zu einem sparsamen und zweckmäßigen Einsatz öffentlicher Mittel erscheint eine kritische Aufarbeitung von Kosten, Nutzen und Verkehrsauswirkungen des Projekts geboten.

Die unterfertigte Bezirksrätin stellt daher zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2026 gemäß § 23 Abs. 1 Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

A N F R A G E:

1. Wie hoch waren die Gesamtkosten des Projekts „Antoni & Hilde“ (Planung, Bürgerbeteiligungsprozess, Bauausführung, Begrünung, Möblierung, Trinkbrunnen, Verkehrsmaßnahmen, Begleitkommunikation, Eröffnungsfest etc.), aufgeschlüsselt nach den einzelnen Kostenpositionen?
2. Welcher Anteil dieser Gesamtkosten wurde aus dem Bezirksbudget Währing finanziert, welcher Anteil aus Mitteln der Stadt Wien?



3. Welche externen Planungs-, Beratungs- und Moderationsleistungen wurden im Zuge des Projekts beauftragt, an welche Unternehmen oder Vereine, und in welcher Höhe wurden diese jeweils honoriert?
4. Wie viele Anrainerinnen und Anrainer (Haushalte) sind nach Einschätzung des Bezirks unmittelbar vom „Grätzlwohnzimmer“ Antoni & Hilde erfasst, und auf welcher Berechnungsgrundlage beruht diese Annahme?
5. Wie viele KFZ-Stellplätze sind durch die Umgestaltung und die Sperre des Straßenabschnitts insgesamt entfallen, und wurde im Vorfeld eine Erhebung des Stellplatzbedarfs in der Antonigasse und den umliegenden Straßenzügen durchgeführt?
6. Sind dem Bezirk Beschwerden von Anrainern – sei es im Zusammenhang mit dem Wegfall von Parkplätzen, mit Verkehrsverlagerungen, mit der Nutzung des neuen Aufenthaltsbereichs (Lärm, Müll, nächtliche Nutzung) oder mit der Bauphase selbst – zugegangen? Wenn ja, wie viele und mit welchen Inhalten?
7. Nach welchen nachvollziehbaren Kriterien wurde die geloste Bürgerjury zusammengestellt, die über die Auswahl der sechs umgesetzten Klimateam-Projekte zu entscheiden hatte, und in welcher Form ist sichergestellt, dass diese Jury die Bezirksbevölkerung repräsentativ abbildet?
8. Ist eine nachlaufende Evaluierung des Projekts „Antoni & Hilde“ hinsichtlich tatsächlicher Nutzungsfrequenz, Aufenthaltsqualität, Pflegeaufwand und Verkehrsauswirkungen vorgesehen? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen und durch welche Stelle? Wenn nein, warum nicht?
9. Mit welchen jährlichen Folgekosten (Pflege der Grünflächen und Bäume, Wartung von Trinkbrunnen und Sitzmöbeln, Reinigung, Winterdienst, Schutzmaßnahmen für die Spatzenkolonie etc.) rechnet der Bezirk für „Antoni & Hilde“, und aus welchem Budgettopf werden diese Folgekosten künftig bedeckt?

B E G R Ü N D U N G:

Die Anfrage erfolgt im öffentlichen Interesse.

BzR Dr. Cornelia Haider



An die
Bezirksvorsteherin des 18. Wiener Gemeindebezirks
Mag. Silvia Nossek
Martinstraße 100
1180 Wien

Wien, am 10.06.2026

Anfrage betreffend „Alternativpläne Aumannplatz“

Am 12.05.2026 fand die Bürgerveranstaltung zum Aumannplatz im Festsaal des Amtshauses statt. Im Zuge dieser Veranstaltung soll interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf Nachfrage von Herr Dipl.-Ing. Karl Grimm mitgeteilt worden sein, dass alternative Planungsunterlagen bereits vorliegen würden, unter anderem auch mit Varianten, die die Erhaltung einer Fahrspur in der Währinger Straße vorsehen würden.

In der Sitzung der Bezirksentwicklungskommission am 07.05.2026 wurden solche Varianten den anwesenden Bezirksräten **NICHT** zur Kenntnis gebracht bzw. nicht einmal deren Existenz erwähnt. Es ist davon auszugehen, dass die Währinger Bevölkerung für die Anfertigung dieser Alternativpläne die Kosten tragen muss.

Die unterfertigte Bezirksrätin stellt daher zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2026 gemäß § 23 Abs. 1 Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

A N F R A G E:

- 1) Wurden Alternativpläne seitens der Bezirksvorsteherung beauftragt und auch angefertigt?
- 2) Wenn ja, wann beabsichtigen Sie die Alternativpläne den Fraktionen in der Bezirksvertretung vorzulegen?
- 3) Sollte das Ihrerseits nicht geplant sein, warum nicht?
- 4) Wie viele Stellungnahmen sind seit der öffentlichen Bekanntgabe des Grobkonzeptes eingegangen? Wie viele Prozent davon sind pro und wie viele contra Umgestaltung?

B E G R Ü N D U N G:

Die Anfrage erfolgt im öffentlichen Interesse.

BzR Birgit Frühwald

Aumannplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 23 Abs. 1 GO-BV folgende

ANFRAGE

1. Unter welchen fachlichen, wirtschaftlichen, verkehrspolitischen, stadtplanerischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten wurde die Entscheidung getroffen, den stadteinwärts führenden Individualverkehr in der Währinger Straße zwischen Klostergasse und Vinzenzgasse einzuschränken bzw. zu verändern?
2. Gibt es ein übergeordnetes Verkehrskonzept für ganz Währing, in das die Maßnahmen rund um den Aumannplatz eingebettet sind?
3. Welche Alternativvarianten zur aktuellen Planung wurden geprüft?
4. Werden diese Alternativvarianten veröffentlicht?
 - a. Wenn ja: wann?
 - b. Wenn nein: warum nicht?
5. Welche verkehrstechnischen Untersuchungen, Simulationen und Analysen wurden bislang durchgeführt und in welchem Zeitraum?
6. Wann wurden die den Planungen zugrunde liegenden Verkehrszählungen durchgeführt?
7. Zu welchen Tageszeiten, Wochentagen und Zeiträumen erfolgten diese Erhebungen?
8. Wie lauten die erhobenen Verkehrskennzahlen?
9. Wo und in welcher Form können die vollständigen Ergebnisse der Verkehrszählungen, Analysen und Gutachten öffentlich eingesehen werden?
10. Werden sämtliche Planungsgrundlagen, Gutachten und Varianten öffentlich zugänglich gemacht?
 - a. Wenn ja: wann?
 - b. Wenn nein: warum nicht?
11. Wurden Auswirkungen auf angrenzende Straßenzüge und mögliche Ausweichverkehre untersucht?
 - a. Wenn ja: mit welchem Ergebnis?
12. Welche Maßnahmen sind konkret zur Sicherstellung sicherer Schulwege vorgesehen?
13. Welche Maßnahmen sind geplant, um die Verkehrssicherheit an der Kreuzung Türkenschanzstraße / Gentzgasse zu verbessern?
14. Es ist bekannt, dass laut derzeitiger und geplanter Situation kein Schutzweg im Bereich Türkenschanzstraße / Gentzgasse vorgesehen ist, obwohl der stadteinwärts fahrende Individualverkehr dorthin geführt wird. Inwiefern verbessert sich dadurch die Schulwegsicherheit an dieser Kreuzung?

15. Es ist bekannt, dass die Kreuzung Türkenschanustraße / Gentzgasse aktuell eine Problem-Kreuzung darstellt. Warum entscheidet die Stadt Wien und der Bezirk bewusst die Kreuzung durch die neue Verkehrssituation maßgeblich zu verschlechtern?
16. Wie viele Bäume werden im Zuge des Projekts gefällt?
17. Wie viele Bäume werden neu gepflanzt?
18. Wie viele Quadratmeter derzeit versiegelter Fläche werden im Zuge des Umbaus des Aumannplatzes entsiegelt und begrünt?
19. Welche Schulen, Institutionen oder Interessensgruppen wurden bislang in die Planungen eingebunden?
20. Wurde vor der Erstellung des Grobkonzeptes mit den angrenzenden Geschäftsleuten sowie Unternehmerinnen und Unternehmern über Bedarfswünsche gesprochen?
 - a. Wenn ja: mit wem konkret?
 - b. Wenn nein: warum nicht?
21. Welche Formate der Bürgerbeteiligung sind bis zur endgültigen Beschlussfassung noch geplant?
22. Wann ist die Beschlussfassung für den Umbau des Aumannplatzes vorgesehen?
23. Ist eine schrittweise oder testweise Umsetzung einzelner Maßnahmen vorgesehen?
 - a. Kann die neue WC-Anlage bereits im Vorfeld des Gesamtprojektes umgesetzt werden? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum?
24. 1.243 Ideen wurden im Zuge des Beteiligungsprozesses 2022-2023 abgegeben, davon entfielen konkret rund 10 Nennungen auf einen „Autofreien Aumannplatz“ und rund 10 Nennungen auf eine „Autofreie Währinger Straße“.
 - a. Warum wurde seitens Stadt Wien und Bezirk ein Grobkonzept entwickelt, dass 0,008 % der Nennungen abbildet?
25. Welche Budgetobergrenzen bzw. Kostenvorgaben wurden im Zuge der Projektentwicklung definiert?
Bitte um Aufschlüsselung nach Magistratsabteilungen, einschließlich WC-Anlage, Beleuchtung und Planungskosten.
26. Mit welchen Gesamtkosten wird derzeit gerechnet?
Bitte um Aufgliederung nach Magistratsabteilungen, einschließlich WC-Anlage, Beleuchtung und Planungskosten.
27. Wurde bereits um Fördermittel angesucht?
 - a) Bei welchen Stellen?
 - b) In welcher Höhe?
 - c) Mit welcher Förderquote wird gerechnet?
28. Aus welchen Budgetmitteln soll das Projekt finanziert werden? Bitte um Angabe der Kostenteilung bzw. Kostentragung zwischen Bezirk, Wien, Republik Österreich, Europäische Union
29. Ist ausgeschlossen, dass zur Finanzierung zusätzliche Schulden im Bezirk aufgenommen oder andere Bezirksprojekte eingeschränkt werden müssen?
30. Warum wird die WC-Anlage mit Kosten von über 500.000 Euro veranschlagt?

BEGRÜNDUNG

Die geplante Umgestaltung des Aumannplatzes sowie die damit verbundenen verkehrlichen Änderungen betreffen in erheblichem Ausmaß die Lebensqualität, die Mobilität und das wirtschaftliche Umfeld im Bezirk Währing. Die Auswirkungen reichen dabei weit über den unmittelbaren Projektbereich hinaus und betreffen zahlreiche Anrainerinnen und Anrainer, Gewerbetreibende, sowie insbesondere auch Familien und Schülerinnen und Schüler.

Vor diesem Hintergrund besteht ein hohes öffentliches Interesse an umfassender Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, der verkehrstechnischen Annahmen sowie der kurz- und langfristigen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen. Nur durch eine offene Darstellung der zugrunde liegenden Analysen, Variantenprüfungen und Prognosen kann sichergestellt werden, dass die politischen Entscheidungen nachvollziehbar, faktenbasiert und im Sinne der Bevölkerung getroffen werden.

Darüber hinaus ist auch die finanzielle Dimension des Projekts von wesentlicher Bedeutung. Die Verwendung öffentlicher Mittel erfordert eine klare Offenlegung von Kosten, Budgetrahmen und etwaigen Förderungen. Gerade angesichts begrenzter Budgetressourcen ist es wesentlich, die Verhältnismäßigkeit der Investitionen sowie mögliche Auswirkungen auf andere Projekte im Bezirk transparent darzustellen.

Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft die Sicherheit im Straßenraum, insbesondere im Hinblick auf Schulwege und stark frequentierte Kreuzungen. Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, ob und in welcher Weise die geplanten Maßnahmen zu einer tatsächlichen Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen.

Nicht zuletzt ist auch die Einbindung der betroffenen Bevölkerung sowie der lokalen Wirtschaft ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz und Qualität eines solchen Projekts. Eine frühzeitige und ernsthafte Beteiligung stärkt die demokratische Legitimation und trägt dazu bei, praxistaugliche und breit getragene Lösungen zu entwickeln.

Insgesamt ist die Beantwortung der vorliegenden Fragen daher von hoher Relevanz für alle Währingerinnen und Währinger, um Transparenz zu schaffen, Vertrauen in die politischen Entscheidungsprozesse zu stärken und eine sachliche, informierte Diskussion über die Zukunft des Aumannplatzes zu ermöglichen.

BVⁱⁿ-Stv Oliver Möllner, MA

Schulen – Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 23 Abs. 1 GO-BV folgende

ANFRAGE

Die Stadt Wien verfolgt das Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern voranzutreiben und öffentliche Gebäude schrittweise auf erneuerbare Heizsysteme umzustellen. In Währing befinden sich folgende 9 Standorte von öffentlichen, städtischen Schulen:

- Volksschule Bunte Schule Währing - Schulgasse 57, 1180 Wien
- Volksschule Schulgasse - Schulgasse 31, 1180 Wien
- Volksschule Michaelerstraße - Michaelerstraße 30, 1180 Wien
- Volksschule Pötzleinsdorfer Straße - Pötzleinsdorfer Straße 50, 1180 Wien
- Volksschule Severin-Schreiber-Gasse - Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien
- Volksschule Köhlergasse - Köhlergasse 9, 1180 Wien
- Mittelschule Währinger Straße - Währinger Straße 173–181, 1180 Wien
- Mittelschule Schopenhauerstraße - Schopenhauerstraße 49, 1180 Wien
- Polytechnische Schule Währing - Schopenhauerstraße 49, 1180 Wien

Für jeden der genannten Standorte wird um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Wie hoch waren die Kosten für die Wärmeversorgung im Jahr 2024?
2. Wie hoch waren die Kosten für die Wärmeversorgung im Jahr 2025?
3. Welches Heizsystem ist am jeweiligen Standort derzeit in Betrieb?
4. Welche Kosten sind in den vergangenen fünf Jahren für die Erhaltung, Wartung, Sanierung oder Erneuerung des jeweiligen Heizsystems angefallen? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Maßnahme.
5. Falls der Standort derzeit mit fossilen Energieträgern beheizt, wird:
 - In welchem Jahr ist die Umstellung auf ein erneuerbares Heizsystem vorgesehen?
6. Liegt für den jeweiligen Standort eine Machbarkeitsstudie oder technische Prüfung zur Umstellung auf ein erneuerbares Heizsystem vor?
 - Falls ja:
 - Wann wurde diese erstellt?
 - Zu welchen wesentlichen Ergebnissen kommt diese?
 - Mit welchen Kosten ist für Umstellung zu rechnen?
 - Falls nein:
 - Ist die Erstellung einer Machbarkeitsstudie geplant?
 - Wenn ja, bis wann?

BEGRÜNDUNG

Die Stadt Wien verfolgt mit ihrem Klimafahrplan, dem Wiener Klimagesetz sowie zahlreichen Beschlüssen und Strategien das Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern konsequent voranzutreiben und bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Dabei kommt dem öffentlichen Sektor eine besondere Vorbildfunktion zu. Öffentliche Gebäude und Einrichtungen sollen bei der Umstellung auf erneuerbare Energieträger eine Vorreiterrolle einnehmen und einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leisten.

Auch der Wiener Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren mehrfach Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Energieversorgung, zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum Ausbau erneuerbarer Energieträger beschlossen. Vor diesem Hintergrund besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, in welchem Ausmaß diese Zielsetzungen bereits in den Schulen der Stadt Wien im Bezirk Währing umgesetzt werden.

Insbesondere interessiert, welche Heizsysteme derzeit an den einzelnen Standorten betrieben werden, welche Kosten für deren Betrieb und Erhaltung anfallen und welche konkreten Schritte zur Umstellung auf erneuerbare Energieträger geplant sind. Ebenso soll erhoben werden, ob bereits technische und wirtschaftliche Prüfungen für eine Umstellung durchgeführt wurden und welche Ergebnisse diese erbracht haben.

Die Transparenz über den Stand der Umsetzung städtischer Klima- und Energieziele in öffentlichen Bildungseinrichtungen ist eine wichtige Grundlage für die politische Kontrolle sowie für die Beurteilung, ob die von der Stadt Wien selbst gesetzten Ziele und Beschlüsse im öffentlichen Gebäudebestand konsequent verfolgt werden.

BVⁱⁿ-Stv Oliver Möllner, MA